

30. APRIL



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVII/92 - 30. April 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 888 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	<u>Mit langen Atem</u> Es geht um die Selbstbehauptung unseres Volkes Von G. Markscheffel	68
2 - 4	<u>Weicht Köcherl aus?</u> Bundesinnenminister - Pressefreiheit - Notstandsgesetzesentwurf	104
5	<u>"Des Volkes Wohl ist meiner Arbeit Ziel"</u> Heidelberg weiht Gedenkstätte für Friedrich Ebert Von Hans Dietz	52
6	<u>Graphischer Grossbetrieb im Grünen</u> Druckhaus Sennestadt ist fertig	49
7	<u>Begegnung auf halber Wege</u> Zum Kompromiss in der Bauwirtschaft	41

* * *
* *

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Mit langem Atem

Es geht um die Selbstbehauptung unseres Volkes

G.M. - Es gehört zu den merkwürdigsten Vorgängen in der deutschen Politik, dass maßgebende CDU- und CSU-Politiker, die seit Jahren eine entscheidende Verantwortung für die Deutschlandpolitik tragen, jetzt plötzlich nervös werden, als ob sie darauf bedacht sein müssten, sich so schnell wie möglich ein Alibi für vaterländisches Verhalten zu verschaffen. Da werden von den Amerikanern zusätzliche Treuegelöbnisse gefordert; vorsichtige Fühlungnahmen mit dem Ziele der Entspannung in Europa als "verdächtig" gekennzeichnet. Die Eigentümlichkeit dieses Verhaltens ist also bemerkenswerter, als gerade diese Politiker der CDU/CSU in den vergangenen Jahren so getan haben, als brauchten sie sich selbst nicht in geistige Unkosten bei den weltweiten Überlegungen zur Lösung des Deutschlandproblems zu stürzen. Sie fanden alles in bester Ordnung und kritisierten jeden, der von ihnen etwas mehr Phantasie forderte.

Wir nennen absichtlich keine Namen, um die vorsichtigen Versuche der amerikanischen Diplomatie, zu einer Verbesserung der Situation in Europa zu kommen, nicht noch mehr zu komplizieren.

Allen durchsichtigen und undurchsichtigen Kommentaren und Erklärungen setzen wir einige Tatbestände entgegen, die in den letzten Tagen auch jenen bekannt geworden sein sollten, die sich jetzt als die alleinigen Hüter der deutschen Freiheit aufspielen.

- * 1. Es ist die erklärte und offizielle Politik der Vereinigten Staaten, der deutschen Nation bei ihrer Wiedervereinigung in Freiheit und Frieden zu helfen. Um dieses Ziel zu erreichen, schliessen die USA Gewaltanwendung aus, weil diese den dritten Weltkrieg bedeuten würde. Es gibt keine offizielle Erklärung in den USA, die Berechtigung zu Zweifeln an diesem Grundsatz erlauben würde. Auch die offizielle deutsche Politik, getragen von allen demokratischen Kräften in der Bundesrepublik, hat sich zu diesem Grundsatz bekannt. Wer etwas anderes will, soll es offen sagen; er soll dann aber auch den Mut haben, unserem Volke die Kriegsalternative aufzuzeigen.
- * 2. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat erklärt - und ist sich darin mit den westlichen Alliierten einig - sie werde ihre Truppen nicht aus Westberlin zurückziehen und werde die Zugänge nach Westberlin freihalten.

Dies sind die Grundpfeiler des Vertrauensverhältnisses zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten. Dazwischen stehen die zahlreichen Möglichkeiten einer Verbesserung des jetzigen spannungsgeladenen Zustandes. Diese Möglichkeiten zu erforschen und deren praktische Anwendung mit vertraglich gesicherten Vereinbarungen abzuschliessen, ist das Mahziel der amerikanischen Europa-Politik. Es sollte auch das Mahziel der deutschen Politik sein, wobei es als Selbstverständlichkeit gilt, dass keines der Freiheits- und Rechtsprinzipien, auf denen unsere und der Westberliner Existenz beruht, angetastet werden kann.

Wer sich heute hinstellt, so tut oder erklärt, die Erhaltung der Freiheit Westberlins sei "nur" ein Mittel zur Beruhigung der deutschen Bevölkerung, hilft Chruschtschow und Ulbricht, die Vertrauensgrundlage zwischen der Bundesrepublik und den USA zu zerstören. Die Bewahrung der Freiheit Westberlins und der deklarierte Wille, sie zu verteidigen, ist ein Teil der Lösung des Deutschlandproblems. So lange Westberlin frei bleibt und so lange zwischen West und Ost über eine vertraglich gesicherte Garantie dieser Freiheit verhandelt wird, so lange bleibt auch die Deutschlandfrage Gegenstand von Ost-West-Gesprächen, bei denen es ja nicht nur um Berlin und Deutschland, sondern um das Gesamtverhältnis zwischen Ost und West geht. Alle Detailregelungen, die im Augenblick für Berlin getroffen werden könnten, sind daher selbstverständlich nur ein Teil der grösseren von Western freiwillig übernommenen Aufgabe, eine Situation zu schaffen, in der man nicht mehr befürchten muss, dass morgen schon ein dritter Weltkrieg ausbrechen könnte.

Man mag heute über Fehler der Vergangenheit diskutieren; auch über Fehler, die von der offiziellen deutschen Politik begangen worden sind. Das aber hilft nicht weiter. Eine solche Diskussion würde die Front der Freiheit schwächen und jenen eine gute Position verschaffen, die auf eine Spaltung des westlichen Lagers spekulieren.

Aus allen diesen Gründen wird eine zielbewusste deutsche Politik nur möglich sein, wenn sie mit langem Atem und unter Berücksichtigung aller Realitäten der internationalen Situation sowie im Bewusstsein der guten Sache, die wir zu vertreten haben, geführt wird.

Weicht Höcherl aus ?

H.D. "Neue Besen kehren gut" - an dieses Sprichwort wird man erinnert, wenn man an die Erklärungen denkt, die der neue Bundesinnenminister nach seinem Amtsantritt zur Notstandsgesetzgebung abgab. Er übernahm eine schwere Bürde von seinem Vorgänger, der in einem Gesetzentwurf das Recht der Bundesregierung zu Verordnungen vorgesehen hatte, in denen bestimmte Grundrechte - darunter die aus Artikel 5 des Grundgesetzes - ausser Kraft gesetzt werden könnten.

Hermann Höcherl beeilte sich zu verkünden, dass er sich mit der Opposition verständigen werde; und ein Aufatmen ging durch die Presse, die mit Recht annahm, die Verständigung werde sich auch auf ihre Funktionen während eines Notstands beziehen.

Je konkreter die Behandlung der Materie wurde, um so vorsichtiger wurde der Bundesinnenminister. Als er der Einladung des Deutschen Presserates zu einem Vortrag von Professor Dr. Siegfried Frey, Bern, folgte, mag er vernommen haben - oder auch nicht, - was die USA, Grossbritannien, die skandinavischen Staaten und die Schweiz während des letzten Krieges sowie für künftige Fälle unternommen bzw. vorgesehen haben, damit die Freiheit der Berichterstattung und der Meinungsäusserung nicht beeinträchtigt werden. Zur Diskussion über den Vortrag aufgefordert, schwieg Hermann Höcherl. In dem sich anschliessenden persönlichen Gespräch versicherte er, dass er selbstverständlich keine Zensur wolle. Das bei dieser Gelegenheit verabredete Gespräch mit Vertretern des Presserates, das sehr bald danach stattfand, verlief wie das Hornberger Schiessen: Hermann Höcherl verwandte einige Allgemeinplätze - wie, dass der neue Entwurf seines Ministeriums nur allgemeine Grundsätze enthalte -, zu einer ernsthaften Diskussion der interessierenden Fragen liess er es nicht kommen, sondern vertagte sie auf ein späteres Gespräch.

Amputationen

Immerhin war der Entwurf des Innenministeriums zu diesem Zeitpunkt schon konzipiert. Er enthält nach einer Meldung von Associated Press die folgenden Möglichkeiten der Amputation der Pressefreiheit in Notstandszeiten:

1. Im Zustand der äusseren Gefahr können die Grundrechte aus Artikel 5 des Grundgesetzes über das sonst zulässige Maß (durch allgemeine Gesetze) hinaus eingeschränkt werden;
2. im Zustand der inneren Gefahr wird den Ländern der Bundesrepublik die Befugnis zum Erlass von Gesetzen eingeräumt, in denen unter Einschränkung der Grundrechte aus Artikel 5 Beschränkungen für den Nachrichtenverkehr eingeführt werden können.

Bundesinnenminister Höcherl, bei verschiedenen Gelegenheiten zur Rede gestellt, dementierte nicht! Er wich aus. In Bremen erklärte er auf einer Pressekonferenz, dass "in ganz ernstesten Situationen die Art von Pressefreiheit, wie sie heute existiert", nicht bestehen bleiben könne. Es käme aber sehr auf die Form an, in der die Veränderung vorgenommen werde. Seiner Meinung nach sollte möglichst viel auf freiwilliger Basis erreicht werden. Vom Maß der freiwilligen Bereitschaft (der Presse) hänge auch das Maß der notwendigen Einschränkungen ab.

Wenig später liess er in Bonn verlauten, sein Entwurf wolle erreichen, dass die Presse sich im Falle eines Notstandes zunächst einer Selbstkontrolle unterziehen solle, um "ihre Interessen mit den Staatsinteressen auszugleichen". Erst dann, wenn es an einer wirksamen Selbstkontrolle der Presse fehle, sollten die einschlägigen Vorschriften der Notstandsgesetzgebung Anwendung finden.

Phantasievolle Interpretation des Ministers

Nun gibt es zwar die "einschlägigen Vorschriften" zur Beseitigung der Pressefreiheit in dem Entwurf Höcherls, alles andere aber existiert sicherem Vernehmen nach - nur in der phantasievollen Interpretation des Ministers. Wenn Hermann Höcherl ernst genommen werden will, müsste er klar dementieren, was AP gemeldet hat. Er müsste hinzufügen, dass sein Entwurf Bestimmungen über die Errichtung von Gremien enthalte, in denen Vertreter der Presse im Sinne einer Selbstkontrolle beratend mitwirken könnten. (Wie anders sollte sich die Selbstkontrolle der Presse bemerkbar machen - etwa nur in dem Urteil der Regierung darüber, dass sie funktioniert oder nicht?) Schliesslich müsste erklärt werden, dass das Bundesinnenministerium nicht beabsichtige, die Freiheit der Meinungsäusserung in irgendeiner Weise einzuschränken. - Nichts von alledem!

Es muss also gefolgert werden, dass der Entwurf nur die von AP zitierten Beschränkungen der Pressefreiheit enthält. Es muss auch der Schluss gezogen werden, dass der neue Bundesinnenminister genau so wenig von der Selbstverantwortung der Presse hält wie sein Vorgänger, andernfalls würde er nicht wie jener die Notbremse ziehen.

Über den "Missbrauch der Pressefreiheit" wird es zwischen Presse und Regierung immer Meinungsverschiedenheiten geben, und der Deutsche Presserat wird sich kaum als "Instrument" von Regierungsauffassungen abnutzen lassen. Wohl aus dieser Einsicht heraus hat Bundesinnenminister Höcherl das Lippenbekenntnis abgegeben, er wolle lediglich Beschränkungen, die der Eigenverantwortlichkeit der Presse entsprächen, um gleichzeitig für die Praxis die Möglichkeit einer Zensur durch Bund und Länder zu paraphrasieren.

Forderungen des Deutschen Presserates

Angesichts derart widersprüchlicher Verlautbarungen darf festgestellt werden:

Die freie Presse braucht ihre Interessen nicht mit den Staatsinteressen abzustimmen, weil beide identisch sind. **N i c h t** identisch sind u.U. Regierungsinteressen und Staatsinteressen!

Pressefreiheit im freiheitlich-demokratischen Staat ist nicht "Pressefreiheit - aber ...", sondern schlicht Pressefreiheit, **m i t** ihren von der jeweiligen Regierung befürchteten Nachteilen und auch mit den der Pressefreiheit innewohnenden Schwächen.

Deshalb darf vom Bundesinnenminister ein klares Bekenntnis zu den folgenden Regeln erwartet werden, die vom Deutschen Presserat, also von Journalisten und Verlegern, aufgestellt worden sind:

1. Keine Behinderung der Berichterstattung im Zustand der inneren Gefahr, weil gerade eine freie Presse, wie wir sie haben, dazu beiträgt, die innere Gefahr zu beseitigen;
2. im Zustand der äusseren Gefahr können nur solche Einschränkungen vorgenommen werden, denen Vertreter der Presse, die in beratende Gremien berufen werden, zugestimmt haben;
3. eine Zensur - Beschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung **a u c h** zu Maßnahmen der Regierung - darf es in keiner Erscheinungsform des Notstandes geben.

Ohne ein klares Bekenntnis zu diesen Grundsätzen sind alle Erklärungen des Bundesinnenministers und der Regierung leider nur als ein Ausweichen zu werten.

"Des Volkes Wohl ist meiner Arbeit Ziel"

Heidelberg weiht Gedenkstätte für Friedrich Ebert

Von Hans Dietz

"So möge denn die frohe Kunde hinausklagen in die deutschen Lande: ein volkserwählter Führer ist an die Spitze des Reiches getreten, ein Mann, durchglüht von der Liebe zum deutschen Volke, ein Mann voll tiefen Verständnisses für seine Nöte und Sorgen, für seine Wünsche und Hoffnungen, ein Mann, erfüllt von starkem Willen, seiner Mission gerecht zu werden, die Freiheit zu hüten und den Frieden zu schaffen im Innern und nach aussen."

Mit diesen Worten begrüßte der Präsident der Weimarer Nationalversammlung Dr. Edward David am 11. Februar 1919 die Wahl des Sozialdemokraten Friedrich Ebert zum ersten Reichspräsidenten. Zuvor würdigte Dr. David die Verdienste Eberts: "Dass der neue Reichspräsident das Steuer des Staatsschiffes zu führen versteht, hat er in den Monaten des stärksten inner- und aussenpolitischen Sturmes bewiesen". David erinnerte an das schwere Erbe, das Ebert am 9. November 1918 nach dem Rücktritt des Prinzen Max von Baden als Reichskanzler antrat: "In dieser gefahrenschwangeren Schicksalsstunde des deutschen Volkes trat Ebert an die erste Stelle. Dass die deutsche Revolution nicht dem Beispiel der russischen gefolgt ist, dass sie nicht wie dort in ein blutiges Chaos, zur völligen Auflösung von Recht und Ordnung, dass sie nicht in Deutschland wie in Russland zur furchtbarsten Zerrüttung alles politischen und wirtschaftlichen Lebens geführt hat, das ist zum Teil das Verdienst des Mannes, den Sie heute an die Spitze des Reiches berufen haben".

Den Ruf an die Spitze des Reiches bezeichnete Ebert als einen Ruf zur Pflicht. "Freiheit und Recht sind Zwillingsschwester", sagte Ebert vor der Nationalversammlung:

"Die Freiheit kann sich nur in fester staatlicher Ordnung gestalten. Sie zu schützen und wieder herzustellen, wo sie angetastet wird, das ist das erste Gebot derer, die die Freiheit lieben. Jede Gewaltherrschaft, von wem sie auch kommt, werden wir bekämpfen bis zum Äussersten. Dem Gewaltprinzip zwischen den Völkern haben wir abgesagt; auch dort wollen wir, dass das Recht und die Freiheit zur Geltung komme ... Nur auf das freie Selbstbestimmungsrecht wollen wir unseren Staat gründen, nach innen und aussen ... Die Freiheit aller Deutschen zu schützen mit dem äussersten Aufgebot an Kraft und Hingabe, dessen ich fähig bin, das ist der Schwur, den ich in dieser Stunde in die Hände der Nationalversammlung lege".

Friedrich Ebert hat diesen Schwur gehalten. Es blieb ihm jedoch nur eine kurze Zeit für die Erfüllung seiner Aufgabe. In den Morgenstunden des 28. Februar 1925 starb er an einer Bauchfellentzündung. Aber es war nicht nur die Krankheit, die ihm den Tod brachte. Der erste Reichspräsident starb auch am Gifthauch der Verleumdung, den die republikfeindliche Rechte über ihn ergoss. Die allgemeine Volkstrauer nach seinem Tode bekundete jedoch das Wissen um die Grösse des Mannes, den Deutschland verloren hatte.

"Des Volkes Wohl ist meiner Arbeit Ziel" lautet die Inschrift seines Grabsteins auf dem Friedhof seiner Heimatstadt Heidelberg. Hier, in der Pfaffengasse, steht auch noch sein Geburtshaus. Am 7. Mai wird dieses Haus als Gedenkstätte eingeweiht. An dem Festakt in der Aula der Heidelberger Universität wird auch Bundespräsident Heinrich Lübke teilnehmen. Die Gedenkstätte soll Zeugnis vom Leben und Wirken des Mannes ablegen, der nach seinen eigenen Worten wahrzumachen versuchte, was Fichte der deutschen Nation als ihre Bestimmung gegeben hat: "Wir wollen errichten ein Reich des Rechtes und der Wahrhaftigkeit, gegründet auf der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt".

Graphischer Großbetrieb im Grünen

sp - Am 4. Mai wird in der Sennestadt bei Bielefeld der neue graphische Großbetrieb der Presse-Druck GmbH seiner Bestimmung übergeben. Ein Plan von gestern ist zur Wirklichkeit geworden.

Im Industriegelände der modernen im grünen gelegenen Sennestadt, unmittelbar an der Autobahnabfahrt Brackwede, wo noch vor kurzem fleißige Bauern auf dem kargen Sennesand den schmalen Ertrag ihrer Arbeit geerntet haben, wurde auf einem ca. 46 000 qm großen Grundstück im Mai 1960 mit den Bauarbeiten begonnen. Lange Jahre vorher sorgfältig durchgeführte Planungsarbeiten, beschlossen, wieder verworfen und auf Grund besserer Erkenntnisse aus vielen Studien im In- und Ausland erneut überarbeitet, gingen voraus, um der selbst gestellten Aufgabe gerecht zu werden:

1. Drei räumlich voneinander getrennt arbeitende Druckereien in Bielefeld, Minden und Detmold sind im Interesse einer rationelleren und produktiveren Arbeitsweise zusammenzuführen.
2. Das Presse- und Druckhaus in Bielefeld als Domizil für Verlag, Redaktion und Druck der **ERSTEM PRESSE** muß von allen sonstigen technischen Arbeiten, außer denen für die Herstellung der Tageszeitung und zugunsten ihrer weiteren Entwicklungsmöglichkeiten entlastet werden.
3. Der zunehmende innerstädtische Fahrzeugverkehr und die dadurch eintretende Gefährdung der wirtschaftlichen Versorgung des Presse- und Druckhauses in Verbindung mit der Parkraumnot für die Fahrzeuge der Belegschaft, erfordert eine großzügige Lösung.

Der jetzt fertiggestellte erste Bauabschnitt umfaßt 4500 qm wirtschaftlich genutzte Fläche. Das sind rd. 10 Prozent des gesamten Grundstücks. Den künftigen Plänen für Erweiterungen sind damit alle Möglichkeiten offen, von der Verlagerung der Tageszeitung bis zur Einrichtung eines eigenen Rundfunk- und Fernsehstudios, sofern die vielen sonstigen Voraussetzungen dafür zur gegebenen Zeit vorliegen sind. Räumliche Schwierigkeiten gibt es dann nicht.

Die nur 300 m entfernte Autobahnauffahrt erschließt das Grundstück dem Fernverkehr.

Die konsequent durchgeführte eingeschossige Bauweise in den Bereichen Setzerei, Druckerei, Fertigmacherei und Rotation ermöglicht den Ablauf der Produktion im Fließsystem. Alle Hallen sind luftbeheizt und, je nach Notwendigkeit, teil- und vollklimatisiert. An modernen Maschinen schaffen und wirken aufgeschlossene, fachlich geschulte Mitarbeiter, ständig darum bemüht, für eine breitgestreute und weit über den heimischen Bereich hinausreichende Kundschaft das Beste zu leisten.

DRUCKHAUS SENNESTADT, ein moderner Betrieb in einer modernen Stadt, gebaut als würdige Arbeitsstätte für freie, verantwortungsbewußte Menschen, Ausdruck des Vertrauens der fortschrittlichen Arbeiterbewegung in die Zukunft. Verlagsleiter **Emil G r o s s** und **Otto T o n s g ö k e**, sowie alle Mitarbeiter können auf ihr Werk stolz sein.

Begegnung auf halbem Wege

ler. - Die Öffentlichkeit wird den Kompromiss zwischen den Sozialpartnern in der Bauindustrie mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen. Es ist ein Sieg der Vernunft und des Verantwortungsbewusstseins auf beiden Seiten. Hunderttausenden von Bauwilligen - man denke nur an die Bausparer - fällt ein Stein vom Herzen. Sie sahen durch die in voller Härte geführten Auseinandersetzungen den für dieses Jahr geplanten Bau ihres Eigenheims gefährdet. Die nun eingetretene Beruhigung in der Bauwirtschaft kommt allen zugute; Industrie und öffentliche Hand brauchen nun, was diesen Sektor unserer Volkswirtschaft anbelangt, nicht mehr mit Unsicherheitsfaktoren zu rechnen. Sie können klar disponieren.

Es liegt in der Natur eines Kompromisses, dass beide Seiten etwas von ihren ursprünglichen Forderungen, Absichten und Zielen zurückstecken müssen. Die Heißsporne unter den Bauunternehmern haben erkannt, dass es nicht gut ist, ja, dass sie selbst schlecht dabei fahren, wenn sie die Gewerkschaft als Ordnungsfaktor ausschalten. Das oft wiederholte Argument, es seien ja nicht alle in der Bauwirtschaft tätigen Arbeitnehmer organisiert, deshalb habe die Gewerkschaft kein Recht, im Namen aller zu handeln, oder bestimmte Vorteile für ihre Mitglieder zu erwirken, ist durch Charakter und Verlauf dieser Auseinandersetzung widerlegt worden. Die ohnehin bescheidenen Ziele der Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden fanden einen weiten Widerhall, die in dieser Aktion durchgeführten Kurzstreiks waren wirkungsvoll. Für die einsichtigen Bauunternehmer blieb dies nicht ohne Eindruck, sie begraben das Kriegsbeil.

Die jetzt getroffene Vereinbarung wird nicht ohne wohltätigen Einfluss auf das künftige Klima zwischen den beiden Sozialpartnern bleiben. Zwar hat auch die Gewerkschaft mit ihrer Vorsitzenden Leber nicht alles erreicht, doch gelang ihr ein entscheidender Durchbruch; ihre Mitglieder erhalten neben der für alle geltenden Lohnverbesserung von sechs Prozent gewisse Sondervorteile. Ein Novum in der Sozial- und Gewerkschaftsgeschichte ist die Zustimmung der Unternehmer für die Gründung von zwei Stiftungen, eine für den Bau von Ferienheimen, die andere für die Unterstützung von Waisen und Kinder tödlich verunglückter Bauarbeiter.

Diese Anerkennung der Ordnungsfunktion der Gewerkschaft, ausgesprochen zwei Tage vor dem 1. Mai, dem Feiertag der Arbeit, kann von zukunftsweisender Bedeutung auch für die Tarifpartner ausserhalb der Bauwirtschaft sein. Sie schliesst ein hartes Ringen zwar nicht aus, aber es ist eingebettet unter dem Dach einer gemeinsamen Verantwortung für das Ganze. Unser Volk in allen seinen Teilen muss den Blick für das Ganze bewahren, will es vor den kommenden Stürmen gewappnet sein.